

## Griechenland: Das Geld wird knapp

*Griechenland hat gespart. Doch reichen die bisherigen Reformen der Eurogruppe für neue Kredite und zusätzliche Zugeständnisse?*

Am Montag, den 9. Mai, entscheidet die Eurogruppe im Rahmen einer Sondersitzung über die Freigabe einer weiteren Tranche an Krediten aus dem im vergangenen Juli beschlossenen Sparpaket. Bedingung ist vor allem, dass Griechenland die Sparauflagen, welche die Europartner an die Kreditvergabe geknüpft hatten, erfüllt hat.

Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) haben hier vor allem die Analysten des Internationalen Währungsfonds (IWF) begründete Zweifel: Interne Studien kamen zu dem Ergebnis, dass bisher lediglich ein Fünftel der geplanten strukturellen Reformen von Griechenland in die Tat umgesetzt worden wären, weiß die Zeitung. Dadurch zogen sich die Verhandlungen der Eurogruppe bereits zuvor in die Länge: Ein ursprünglich vor Tagen geplanter Sondergipfel fiel aus. Die Gespräche mit Griechenland waren auch am Sonntag noch nicht abgeschlossen. Verhandelt werden spezifische zusätzliche Maßnahmen im Falle einer Nichterfüllung der Auflagen.



Quelle: World Economic Forum

IWF-Chefin Lagarde mahnte in einem der Presse zuge-spielten Brief an die EU-Finanzminister derweil zur Eile. Man solle die „fruchtlosen“ Gespräche über spezifische Reformen einstellen und gleichzeitig gemeinsam über einen Schuldenschnitt nachdenken. Sollte diese Option von der Eurogruppe abgelehnt werden, würde sich der IWF nicht an weiteren Kreditauszahlungen beteiligen, berichtet

die Süddeutsche Zeitung. Vor allem die Pläne des deutschen Finanzministers, Wolfgang Schäuble, würden damit durchkreuzt, hatte er zuvor eine Zusage für weitere Kredite streng mit einer Erfüllung der Auflagen verbunden. Schäuble sei "zum ersten Mal, was Griechenland anbetrifft, ein bisschen optimistisch", zitierte ihn die Süddeutsche noch im April.

## Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze aus der Woche vom 2. bis zum 8. Mai:*

### **Defizite: EU-Kommission nun pessimistischer**

*Dienstag, 3. Mai* – Nachdem das statistische Amt Eurostat jüngst die Euroindikatoren aus dem Jahr 2015 veröffentlicht hatte, korrigiert die EU-Kommission nun ihre Wachstumsprognose für Defizitsünder Frankreich, Spanien und Portugal nach unten. Grundlage sind laut Reuters neue Daten zum strukturellen Defizit, welches die Reformbemühungen bezüglich des Defizitabbaus gereinigt von kurzfristigen konjunkturellen Effekten darstellt. Alle drei Länder hatten gemäß des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Vorgabe, das strukturelle Defizit pro Jahr um 0,5 Prozent zu reduzieren, konnten dieses Ziel jedoch nicht erreichen.

### **500-Euro-Schein stirbt aus**

*Mittwoch, 4. Mai* – Mit Ablauf des Jahres 2018 würde der 500-Euro-Schein nicht mehr gedruckt, so die EZB. Sich im Umlauf befindende Scheine blieben dennoch weiterhin gültig. Die Maßnahme solle kriminalitätshemmend wirken. Kritik kam nach der EZB-Ankündigung von Volkswirten aus dem bargeldaffinen Deutschland, die in der Maßnahme lediglich eine Untermauerung der Niedrigzinspolitik der EZB sehen. Bargeld kenne keine Zinsen, elektronische Konten schon, zitiert Reuters den neuen ifo-Chef Clemens Fuest.

Neben Lagarde meldete sich Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, optimistisch gestimmt zu Wort. Griechenland habe die Vorgaben nahezu erfüllt, sodass nun die Tür zu Verhandlungen über das langfristige Tragfähigmachen der griechischen Schuldenlast aufgestoßen werden könne. Auch der deutsche Wirtschaftsminister sprach sich für die Diskussion über den von Juncker implizit erwähnten Schuldenschnitt aus, so der Nachrichtendienst Reuters am Sonntag. Beide knüpfen an Lagardes Vorwurf an, die griechische Wirtschaft hätte ihr Limit für weitere Sparmaßnahmen erreicht.

Zuvor hatte der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras in letzter Minute vor der Eurogruppenentscheidung ein weiteres weitreichendes Reformgesetz durch das Parlament gebracht. Das Gesetz ist umstritten, enthält es beispielsweise auch Rentenkürzungen. Diese dürften vor allem politisch ein wunder Punkt für Tsipras



Quelle: Kremel

sein, hatte er vor seiner Wiederwahl doch versprochen, die Renten von nun an nicht mehr zu beschneiden. Die Griechen reagierten nach Ankündigung des Gesetzes aufgebracht: Es kam zu landesweiten Streiks und Demonstrationen mit heftigen Ausschreitungen. Manche forderten Neuwahlen, berichtet die FAZ.

Die Entscheidung der Eurogruppe birgt neben der Auswirkungen für Griechenland selbst auch explosives politisches Potenzial gegenüber den anderen EU-Mitgliedsstaaten: Ein Nein zu neuen Krediten für Griechenland könnte auch die Brexit-Debatte im Vorfeld des Referendums zum EU-Austritt Großbritanniens empfindlich beeinflussen.

Hintergrund | Verhandlungen über nächste Tranche

>> [FAZ: Weitere Kredite für Griechenland?](#)

### Wegbrechende Mittelschicht

*Freitag, 6. Mai* - Die deutsche Mittelschicht ist in den letzten 20 Jahren um 6 Prozentpunkte geschrumpft, schlussfolgert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus einer Analyse von Mikrodaten, welche im Rahmen des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) erhoben wurden. Demnach liegen nun weniger individuelle Einkommenswerte im Bereich von 67 bis 200 Prozent des Medians, also zwischen 17.000 und 50.500 Euro. Das DIW sieht die Ursache im Erstarren des Niedriglohnssektors, welches auf die sinkende Anzahl von Arbeitsplätzen in der Industrie und niedrigere Löhne in der Dienstleistungsbranche zurückzuführen sei, berichtet die Süddeutsche Zeitung. Besonders hoch sei die Quote des Abstiegs in den Niedriglohnbereich unter Ausländern, so Forscher Markus M. Grabka. Eine ähnliche Entwicklung sei auch in den USA zu beobachten: Die Mittelschicht schrumpfte dort gleich schnell, was vor allem Menschen mit lateinamerikanischem Migrationshintergrund zu spüren bekämen.

Zahl der Woche  
**215 Mrd.**

Investitionslücke in  
Griechenland für die Jahre  
2008 bis 2015 laut FAZ